

THUN SITZUNG DES STADTRATS

Die «Perle» kann saniert werden



Das Schloss Schadau und der Park im Herbstkleid. Der Gastronomiebetrieb ist mittlerweile geschlossen, 2018 beginnen die Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten.

Patric Spahni

Ein Thuner Wahrzeichen wird auf Vordermann gebracht: Der Stadtrat genehmigte gestern den Investitionsanteil von 3,465 Millionen am 9,9 Millionen Franken teuren Sanierungs- und Restaurierungsprojekt für das Schloss Schadau.

Eine «Perle» ist es, das Schloss Schadau – der Begriff wurde an der gestrigen Stadtratssitzung gleich mehrfach verwendet. Und diese Perle soll künftig noch kräftiger strahlen: Die Stadt plant eine umfassende Sanierung und Restaurierung für insgesamt 9,9 Millionen Franken (wir berichteten). Der Investitionsanteil, für dessen Bewilligung das Parlament zuständig ist, beträgt 3,465 Millionen. Unter Vorbehalt der Zustimmung zu diesem Kredit hat die Stadt bereits einen Vertrag mit der Baselbieter Solbad Gastronomie AG als künftiger Pächterin abgeschlossen. Diese konnte sich etwa bei den Planungen für das Raumprogramm einbringen. «Wir haben die richtige Wahl ge-

troffen», zeigte sich Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) im Stadtrat überzeugt. Praktisch der letzte Quadratmeter könne ausgelastet werden. Zum Anspruch, dass das Schloss allen Thunerinnen und Thunern zugänglich gemacht werden soll, führte Hädener aus: Menükarten und Preise lägen zwar noch nicht vor – «aber der künftige Geschäftsführer Roger Lehmann ist in Wimmis aufgewachsen und hat in Thun die Hotelfachschule besucht». Entsprechend kenne er Thun und seine Einwohner bestens und könne abschätzen, was wie ankomme.

«Kein Geisterschloss»

«Das Schloss Schadau soll zu einem grossen Ess- und Wohn-

DIE WICHTIGSTEN FAKTEN

Das Schloss Schadau wurde von **1848 bis 1854 erbaut**. Die letzte Sanierung der Gebäudehülle fand 1996 statt. Einige Wand- und Deckenbereiche sind heute in einem kritischen Zustand. Deshalb wird das Schloss, das der Stadt Thun gehört, saniert und restauriert. Der **Kostenvoranschlag beträgt 9,9 Millionen Franken**, davon gehen 65 Prozent zulasten des baulichen Unterhalts, 35 Prozent betreffen Investitionen, die der Stadtrat gestern absegnen musste. Die **Sanierung beginnt 2018**. Der neue Betrieb unter der Führung der Baselbieter Solbad Gastronomie AG soll im Frühling 2019 aufgenommen werden – mit neuer Gastronomie und **neun Gästezimmern mit Nasszellen** im 1. und im 2. Obergeschoss. *mik*

zimmer für Thunerinnen und Thuner werden», sagte Franz Schori, SP-Stadtrat und Präsident der zuständigen Sachkommission. Er sprach von einem «gut durchdachten» Raumkonzept und führte aus: «Wenn alles rundläuft, ist mit deutlich höheren Einnahmen für die Stadt zu rechnen als bisher.» Dass sich die Stadt bemühe, das Schloss so zu nutzen, dass eine gewisse Wirtschaftlichkeit möglich sei, honorierte auch Philipp Deriaz (SVP/FDP). Seine Fraktion erwarte eine enge Zusammenarbeit mit den umliegenden Betrieben wie dem Hotel Seepark. Dies ist laut Schori schon angedacht – etwa bei Hochzeiten. «Das Projekt ist eine Chance, dieses Wahrzeichen zu festigen und noch besser zu verankern», betonte Alois Studerus (Fraktion der Mitte). Zudem könnten die Prozesse im Gebäude angepasst werden – Stichwort

«Gastronomie mit kurzen Wegen». Es sei unbedingt nötig, die Umbauarbeiten bald zu erledigen, sagte Simon Werren (BDP): «Der heutige Zustand ist zum Teil kritisch.» Till Weber (Grüne) begrüsst die Öffnung und Anpassung des Angebots, «sodass es mehr Leute anspricht». Der Hotelbetrieb sei sehr wertvoll: «So haben wir ein Schloss, das gebraucht wird – und kein Geisterschloss.»

Denkmalpflege hilft mit

Die frohe Kunde von Gemeinderat Hädener, dass die Denkmalpflege voraussichtlich rund 400 000 Franken an die Oberflächenanierung des Schlosses beisteuert, brauchte es als Argument gar nicht mehr: Die Meinungen waren längst gemacht – der Rat stimmte dem Kredit ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung zu.

Michael Gurtner

Die Thuner Schulen erhalten neue Computer

Die Informatik an den Schulen soll à jour gehalten werden: Darüber waren sich die Stadträtinnen und Stadträte einig. Sie genehmigten einen entsprechenden Millionenkredit.

5,6 Millionen Franken: So viel kostet es, die Informatikinfrastruktur an den Thuner Volksschulen zu erneuern. Die heute vorhandene Ausrüstung reicht laut Gemeinderat nicht mehr aus, die Vorgaben zu erfüllen. So legt etwa der Lehrplan 21 einen Fokus auf die Vermittlung digitaler Kompetenz sowie den Umgang mit Medien – was eine entsprechende Infrastruktur voraussetzt. In eigener Kompetenz hat der Gemeinderat 2 Millionen Franken beschlossen. Dem Stadtrat legte die Regierung nun einen Verpflichtungskredit für Neuinvestitionen im Umfang von knapp 3,6 Millionen vor.

Fast alle sagten Ja

«Die Zeit ist reif für ein optimiertes – nicht maximiertes – Päckli», warb Bildungsvorsteher Roman Gimmel für ein Ja zum Kredit. Es liege die Version mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis vor, bekräftigte der SVP-Gemeinderat. «Dringender Handlungsbedarf ist gegeben», sagte Martin Allemann (SP), während Susanna Ernst (BDP) betonte: «Thun muss in der Schule à jour sein.»

Für Manfred Locher (Fraktion der Mitte), selber Sekundarlehrer in Thun, ist klar: «Die Informatikräume entsprechen den Anforderungen nicht mehr.» Das vorliegende Projekt stehe und falle aber mit der Lehrerschaft – darum müsse der Weiterbildung höchste Beachtung geschenkt werden. Dass portable Geräte und in höheren Klassen eine komplette Ausrüstung aller Schüler vorgesehen sind, erachtet Andreas Zwahlen (SVP/FDP) als sinnvoll. Nur «zähneknirschend» stimmt die Mehrheit der Grünen zu: Reto Kestenholz wies darauf hin, dass mit dem Kauf der Geräte wohl «ein globales Unternehmen» unterstützt werden müsse, das Steuern optimiere und Konfliktrohstoffe verwende. Er enthielt sich der Stimme – alle 36 anderen Parlamentsmitglieder sagten Ja zum Kredit.

Umsetzung in Etappen

Vorgesehen ist, dass im 3. bis 6. Schuljahr ein Computer pro zwei Lernende bereitsteht, im 7. bis 9. Schuljahr ein Gerät pro Schülerin und Schüler. Ausgerüstet werden auch die Kindergärten (vier Geräte pro Klasse), 1. und 2. Klassen (ein Gerät pro drei Kinder) sowie Schulleitungen, Sekretariate und Lehrpersonen. Die einzelnen Schulen werden in Etappen in den Jahren 2019 bis 2021 ausgerüstet. *mik*

Letztlich wurde das Budget 2018 zwar einstimmig genehmigt, doch die Neuverschuldung und bestimmte leere Kässeli gaben zu reden.

Eine ausgeglichene Rechnung, eine gleich bleibende Steueranlage von 1,72 Einheiten, aber auch ein Anstieg des Schuldenbergs: Das sind in Kürze die Eckpunkte des Budgets 2018 der Stadt Thun (wir haben berichtet). Gestern beugte sich nun der Stadtrat über das über 100-seitige Zahlenwerk.

Serge Lanz (FDP), Präsident Budget- und Rechnungskommission (BRK), sprach von einem «Kurschiffaufrauer See», um die finanzielle Lage der Stadt zu veranschaulichen. «Wir spüren ein gewisses Unbehagen hinsichtlich der Neuverschuldung», erklärte Lanz. Zur Erinnerung: Bis 2021 werden die Schulden als Folge der hohen Investitionen und der Ausgaben für den baulichen Unterhalt von aktuell rund 100 auf voraussichtlich über 200 Millionen Franken ansteigen. «Das ist verkraftbar, aber unschön», meinte Lanz. Er hielt aber auch fest: «Es wird sehr gut aufgepasst, was wir ausgeben.» Verbesserungspotenzial sehe die BRK insbesondere beim Grad der Selbstfinanzierung, die höher ausfallen müsste, und bei den Steuern. «Im Hinblick auf die kantonale Steuerrevision in den nächsten Jahren, deren Auswirkungen noch nicht

ganz abschätzbar sind, müssen wir unsere eigene Steuerkraft stärken», so Lanz.

Was steckt hinter der Null?

Von einem «realistischen Budget» sprach Peter Aegerter (BDP). Die hohen Kosten beim baulichen Unterhalt seien eine logische Folge des «Investitionsstaus» in den letzten Jahren. «Der Schuldenanstieg ist aber vertretbar, denn zuvor haben wir jahrelang Schulden abgebaut», befand Aegerter. Dennoch mahnte er zur Vorsicht, denn die Zinsentwicklung sei schwierig vorauszusagen. Besorgt zeigte sich Aegerter über die Entwicklung bei den Zahlungen in den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich, welcher inzwischen über 50 Prozent der Steuereinnahmen der Stadt ausmacht.

Eine Lanze für den Lastenausgleich brach indes Thomas Hiltbold (Grüne). Das Geld fliesse in vieler Hinsicht zurück, zum Beispiel in Form von Lehrerlöhnen. Ihn störte etwas anderes: «Seit einiger Zeit schliesst unser Budget mit einer schwarzen Null. Das sieht gut aus, aber es steckt mehr dahinter – und die Vorgänge dahinter unterscheiden sich Jahr für Jahr.» Hiltbold forderte mehr Transparenz und ein «einfacheres System», das etwa mit weniger Spezialfinanzierungen erreicht werden würde. Dass letztere Kässeli bald leer seien, sei «besorgniserregend». In die gleiche

Kerbe schlug auch Franz Schori (SP), der diesbezüglich konkrete Lösungen vom Gemeinderat einforderte. «Im Moment sind die schwarzen Wolken noch weit weg, aber bis in ein paar Jahren ändert sich das», so Schori.

«Nicht selbstverständlich»

Verena Schneiter (EDU) mahnte ebenfalls zur Zurückhaltung und regte an, nach den anstehenden Ausgabespitzen wieder vorsichtiger zu investieren. «Mit weiteren Firmenansiedlungen im Gebiet Schoren oder im Entwicklungsschwerpunkt Thun-Nord könnten wir zusätzliche Steuereinnahmen sichern», so Schneiter. Denselben Lösungsweg schlug auch Lukas Lanzrein (SVP) vor. «Wir wünschen uns ausserdem vom Gemeinderat konkretere Angaben, wie er Mehreinnahmen ohne Steuererhöhungen generieren will.» Abgesehen davon lobte er aber mehrheitlich die Arbeit der Regierung: «Es ist nicht selbstverständlich, in der heutigen Zeit ein solches Budget zu präsentieren.» **Stadtpäsident und Parteikollege Raphael Lanz** nahm die Lorbeeren gerne entgegen und versprach für die Zukunft weiterhin eine «realistische, transparente Finanzplanung». Mit HRM2 sei dies nicht einfacher geworden. Der Stadtrat bewilligte das Budget am Ende einstimmig und nahm den Finanzplan 2018–2021 zur Kenntnis. *Gabriel Berger*

Gleich viel Geld für Tourismus

Die Stadt zahlt auch künftig 300 000 Franken an Thunersee Tourismus. Das Parlament segnete die neue Leistungsvereinbarung für die Jahre 2018 bis 2021 ab.

Der Trend ist positiv: Im Gegensatz zur gesamtschweizerischen Entwicklung konnte die Thunerseeregion bei den Logiernächten im Jahr 2016 ein Plus verbuchen – und zwar um 1,42 Prozent oder 6000 Logiernächte. In der Stadt Thun betrug die Steigerung gar 3,3 Prozent. Verzeichnet wurden letztes Jahr 106 887 Logiernächte. Zuständig dafür, dass die positive Entwicklung weitergeht, ist nicht zuletzt der Verein Thun-Thunersee Tourismus (TTST), der auch für die Stadt touristische Leistungen erbringt. Gestern beantragte der Gemeinderat dem Parlament, dass die Stadt Thun die Leistungsvereinbarung mit TTST für die Jahre 2018 bis 2021 erneuert und einen jährlichen Beitrag von 300 000 Franken spricht. Nach zahlreichen Wechseln sei TTST heute gut aufgestellt, erklärte **Stadtpäsident Raphael Lanz (SVP)**: «Die Basis ist gelegt, dass wir wieder eine vierjährige Vereinbarung abschliessen können.» Es sei wichtig, den Tourismus auf diese Weise zu unterstützen. Das sah auch der Stadtrat so: Die Leistungsvereinbarung und die 300 000 Franken jährlich wurden einstimmig genehmigt.

Zusätzlich zu diesen Zahlungen fliessen die städtischen Kurtaxen von ebenfalls jährlich rund 300 000 Franken an TTST. Und: Ab 1. Februar 2018 werden die Kurtaxen in Thun erhöht. Dank den Mehreinnahmen von rund 105 000 Franken soll die Gästekarte Panoramacard den Urlaubern auch weiterhin angeboten werden (wir berichteten). *mik*

POSTULAT

Schulversuch: Rat sieht keine Eile

«Relativ emotionslos» sei der Gemeinderat das Thema Ganztageschule angegangen, sagte Bildungsvorsteher Roman Gimmel (SVP). Das heisse aber nicht, dass sich die Regierung dem Thema verschliesse. **«Wir werden den Versuch des Kantons verfolgen»**, so Gimmel. Vertreter von SP, Grünen, BDP, GLP und CVP hatten mittels Postulat und auch mit einer Petition eine Beteiligung am Versuch gefordert (wir berichteten).

Aktuell gebe es in der Schule **dringendere Herausforderungen**, sagte Gimmel. Postulantin Katharina Ali-Oesch (SP) hielt entgegen: «Wir engagieren uns hier für ein **zukunftsweisendes Projekt, welches für Thun auch zum Standortvorteil werden könnte.**» Eine Ganztageschule bringe mehr Konstanz in die Betreuung und so mehr Vertrauen zwischen Kindern und Betreuern. Susanna Ernst (BDP) und Alois Studerus (FdM) stimmten Ali zu, verneinten aber eine besondere Dringlichkeit. Carlo Schlatter (SVP/FDP) hingegen führte unter anderem Studien aus Deutschland ins Feld, die die **positive Wirkung von Ganztageschulen relativierten**. Das Postulat wurde mit 24 zu 12 Stimmen angenommen und – gegen den Willen von Ali – mit 22 zu 14 Stimmen abgeschrieben. *gbs*